



LABOUR RUSSIA 2013

L20-GEWERKSCHAFTS- ERKLÄRUNG ANLASSLICH DES GEMEINSAMEN FINANZ- UND ARBEITSMINISTER- TREFFENS DER G20

1 Zusammenfassung

6 Arbeitsplätze schaffen und das
Wachstum sowie das Vertrauen
wiederherstellen

7 Ausbau aktiver
Arbeitsmarktprogramme und
Maßnahmen für die Jugend

8 Für ein integratives Wachstum
sorgen und Ungleichheiten
abbauen

10 Gute Arbeitsplätze in kleinen und
mittelständischen Unternehmen
schaffen

11 Frühere Zusagen einhalten und
Hoffnung wecken für die Zukunft

MOSKAU, RUSSISCHE FÖDERATION
18. UND 19. JULI 2013

„Arbeitsplätze, die mit Arbeitnehmerrechten, sozialer Absicherung und einem angemessenen Einkommen verbunden sind, tragen zu stabilerem Wachstum bei, stärken die soziale Teilhabe und verringern die Armut.“

ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER G20, LOS CABOS, JUNI 2012

“... das globale Wachstum bleibt zu schwach, und die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern weiterhin zu hoch.“

KOMMUNIQUE DER FINANZMINISTER UND ZENTRALBANKGOUVERNEURE DER G20,
WASHINGTON, 18. UND 19. APRIL 2013

Zusammenfassung

1 Die führenden Volkswirtschaften der Welt haben mit der Einführung der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G20 im Jahr 2008 eine immens wichtige Initiative als Reaktion auf die globale Finanzkrise ergriffen. Die G20 spiegelt die neue Realität einer Umverteilung der Wirtschaftsmacht wider und umfasst sowohl Industrie- als auch Schwellenländer. Durch abgestimmte Maßnahmen der G20 zur Ankurbelung der Nachfrage und zur Stützung des Bankensystems konnte in den ersten beiden Krisen-jahren ein globaler wirtschaftlicher Zusammenbruch verhindert werden. Ab 2010

In partnership with



setzten jedoch viele Regierungen auf Sparmaßnahmen, anstatt sich auf die Schaffung eines integrativen und nachhaltigen langfristigen Wachstums zu konzentrieren. Infolgedessen befindet sich die globale Wirtschaft fünf Jahre nach dem Beginn der Krise in den industrialisierten G20-Ländern auf einer gefährlichen Talfahrt in eine weitere Rezession, während das Wachstum in den Schwellenländern stagniert. Dieselben Finanzinstitutionen, die von den Steuerzahlern gerettet wurden, spekulieren jetzt gegen die Staaten, die sie gerettet haben. Die G20-Länder sehen sich heute mit einem Beschäftigungsnotstand und einer Vertrauenskrise gegenüber ihren Regierungen konfrontiert, die sich als ebenso gefährlich wie die Krise von 2008 erweisen könnte. Die G20 muss sich um eine erneuerte Dynamik für ihre wirtschaftliche Führungsrolle bemühen und zeigen, dass sie bereit ist, frühere und künftige Zusagen einzuhalten.

2 Die steigende Arbeitslosigkeit und das Defizit an menschenwürdiger Arbeit sind zu den Schlüsselproblemen der G20 geworden. Angesichts einer stagnierenden oder zurückgehenden Produktion in großen Teilen des G20-Raums dürfte die Arbeitslosigkeit in zahlreichen Ländern weiter zunehmen, so dass die bereits jetzt mit 200 Millionen inakzeptable Zahl der Arbeitslosen weltweit vermutlich noch überstiegen wird. Nicht berücksichtigt sind dabei die 39 Millionen Männer und Frauen weltweit, die sich seit dem Beginn der Krise vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern führt die anhaltende Krise dazu, dass die Bemühungen um den Abbau informeller Beschäftigungsverhältnisse durch die Verlagerung auf produktivere Tätigkeiten auf das Abstellgleis geraten. Die Tatsache, dass mehr als 40% der Arbeitslosen, nahezu 75 Millionen, junge Menschen unter 25 Jahren sind, ist ebenso alarmierend. Jugendarbeitslosigkeitsquoten von 56% in Spanien und 38% in Portugal und Italien spiegeln das katastrophale Ausmaß der Krise wider. In der EU werden sie laut der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) noch bis 2015 bei über 17% liegen. Auf diese Weise verschwenden wir unsere kostbarste Ressource, die Jugend, die Gefahr läuft, für immer und ewig von der Erfahrung, weder eine Arbeit noch eine Aussicht auf Beschäftigung zu haben, gezeichnet zu sein.

3 In den ersten Krisenjahren fungierten die Sozialschutzsysteme in den Industrieländern als wichtige Stabilisatoren, die jetzt jedoch durch die öffentlichen Ausgabenkürzungen unter Beschuss geraten sind. Diese Sparpolitik führt auch zu einer zunehmenden Missachtung der Kernarbeitsnormen. Zudem verfügen 84% derjenigen, die durch die Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben, über keine Arbeitslosenversicherung und sind somit gezwungen, eine informelle Tätigkeit anzunehmen, um zu überleben. Es müssen jedes Jahr 21 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Beschäftigungsquoten bis 2015 wieder auf ihr Vorkrisenniveau zu bringen - die G20-Länder sind weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Schätzungen der IAO zufolge sind im kommenden Jahrzehnt 600 Millionen Arbeitsplätze erforderlich, um die Arbeitslosigkeit wieder auf den Vorkrisenstand zurückzuführen und neue Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die neu ins Erwerbsleben eintreten. In dieser Hinsicht sind die globale Wirtschaftslage und die aktuellen Maßnahmen vom Kurs abgekommen, und müssen umgehend korrigiert werden.

4 Die zunehmende Einkommensungleichheit wird mittlerweile als ein Faktor anerkannt, der zu Finanzblasen und der Instabilität der Märkte beigetragen hat. Dennoch hat diese Ungleichheit in den meisten G20-Ländern weiter unvermindert zugenommen. Während das Medianeinkommen im Jahr 2012 in den Industrieländern stagnierte, wurden die Reichsten der Welt um 241 Milliarden Dollar reicher, während die Einkommen der 10% am unteren Ende der Skala seit 2007 um 2% pro Jahr zurückgegangen sind¹. Die Ungleichheit bei den Vorsteuereinkommen und Unterstützungsleistungen hat in 17 OECD-Ländern in den letzten drei Jahren stärker zugenommen als in den 12 Jahren davor. Obwohl der private Sektor nach wie vor Vermögen anhäuft,

.....
¹ Die vor kurzem veröffentlichten OECD-Daten zur Einkommensverteilung belegen, dass die höhere Arbeitslosigkeit und die niedrigeren Reallöhne dazu geführt haben, dass das Haushaltseinkommen (einschließlich Einkommen aus Kapitalvermögen) seit dem Beginn der Krise um 2% pro Jahr gesunken ist.

investiert er davon nicht genug, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. In den USA hat ein Prozent an der Spitze der Einkommensskala, 98% des BIP-Zuwachses im Jahr 2010 erhalten. Das ist nicht nur ungerecht, sondern macht auch jede Hoffnung auf ein erneutes Wachstum des Verbrauchs oder privatwirtschaftlicher Investitionen zunichte und untergräbt dadurch eine nachhaltige und langfristige Konjunkturerholung. Öffentliche Leistungen, die eine überproportionale Erhöhung des Soziallohns der am wenigsten Wohlhabenden und antizyklische Investitionen ermöglichen, werden hingegen genau zu dem Zeitpunkt gekürzt, zu dem Niedriglohnempfänger am bedürftigsten sind und automatische Stabilisatoren am dringendsten benötigt werden².

5 Diese düstere wirtschaftliche und soziale Lage zerstört in vielen G20-Ländern das Vertrauen in die Regierungsführung und verursacht eine generelle Vertrauenskrise in der Bevölkerung. Bei einer 2012 durchgeführten weltweiten Umfrage in 13 Ländern³ wurde Folgendes festgestellt: Die Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes ist für 35% der Befragten in den letzten beiden Jahren größer geworden; 71% glauben, dass die Arbeitsgesetze ihnen keinen ausreichenden Schutz bieten; im Falle von 58% ist das Einkommen hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben; jede/r siebte Befragte betrachtet sich selbst als arm und kann nicht mehr für die grundlegenden Dinge des Lebens wie Wohnraum, Essen und Strom aufkommen; 67% glauben, dass es künftige Generationen schlechter haben werden als sie selbst, und 58% denken, dass ihr Land den falschen wirtschaftlichen Weg eingeschlagen hat. Darüber hinaus meinten 67% der Befragten, dass die Wähler/innen nicht genügend Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen haben. Die Leistungen, die den Menschen am wichtigsten sind – erschwinglicher Zugang zur Gesundheitsversorgung, (93%), Bildung (94%), menschenwürdige Alterseinkünfte (91%) und Kinderbetreuung (90%) – sind genau die, die die Regierungen derzeit im Rahmen ihrer Sparmaßnahmen kürzen. Diese Umfrageergebnisse spiegeln das fehlende Vertrauen in die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger wider.

6 Die L20 hat die Regierungen der G20 kontinuierlich aufgefordert, Beschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Konjunkturstrategien zu rücken und die Arbeitsmarktinstitutionen zu stärken, um für eine gerechte Einkommensverteilung zu sorgen. Die L20 und die B20 haben bei den Gipfeln in Cannes und Los Cabos gemeinsam darauf gedrungen, Beschäftigung als zentrales Thema zu behandeln, „um die Arbeitslosigkeit abzubauen und zu verhindern, dass immer mehr Menschen ihr Vertrauen in die globale Wirtschaft verlieren“⁴. Die beschäftigungsrelevanten Zusagen der Arbeitsminister sowie der Staats- und Regierungschefs beim Gipfel in Los Cabos würden, sofern sie eingehalten werden, erheblich zur Wiederherstellung des Beschäftigungswachstums beitragen. Solange sie jedoch nur Sätze in Gipfelkommuniqués bleiben und nicht in konkrete Maßnahmen übertragen werden, wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Bereitschaft und die Fähigkeit der G20-Regierungen, ihren Erklärungen politische Maßnahmen anzuschließen, weiter schwinden. Es ist jetzt an der Zeit, dass sie ihren Worten Taten folgen lassen. Die B20 und die L20 haben gemeinsam zu Investitionen in die Infrastruktur, zur Ausweitung von Ausbildungsprogrammen und zur Formalisierung der Betriebe und Tätigkeiten im expandierenden informellen Sektor aufgerufen. Die L20 und die B20 haben eine Vereinbarung zu hochwertigen Ausbildungsprogrammen abgeschlossen, die in großem Umfang auf betrieblicher und nationaler Ebene angeboten werden sollten.

7 Der Beschluss der russischen G20-Präsidentschaft, das erste gemeinsame Treffen der Arbeits- und Finanzminister zu organisieren, bietet eine Gelegenheit, um einen Beschäftigungsplan für die G20-Volkswirtschaften neu zu lancieren, das Vertrauen daran wiederherzustellen, dass frühere Zusagen eingehalten werden, und den Globalen Beschäftigungspakt der IAO umzusetzen, wie bei der IAO-Regionaltagung für Europa

2 Die OECD-Daten zeigen, dass es Sozialtransfers und finanzielle Anreize zur Ankurbelung der Nachfrage waren, die eine weitere Zunahme der Ungleichheit verhindert/eingedämmt haben.

3 IGB, Weltweite Umfrage 2012, Brüssel

4 Gemeinsame Erklärung der B20 und der L20, Cannes 2011, Los Cabos 2012

und Zentralasien bekräftigt wurde. Die L20 fordert die Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 sowie die Finanzminister der G20 auf:

- zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesamtnachfrage und die Beschäftigung in den Ländern zu fördern, in denen eine ernsthafte Verlangsamung des Wachstums oder ein Abrutschen in die Rezession droht;
- die Sparmaßnahmen und die damit verbundenen öffentlichen Ausgabenkürzungen in Bereichen, die soziale Unterstützung bereitstellen, produktive Wirtschaftstätigkeiten begünstigen und die Grundlage für funktionsfähige und solide staatliche Dienstleistungen schaffen, unverzüglich zu beenden;
- in Infrastruktur, Bildung und hochwertige öffentliche Dienstleistungen, einschließlich der Pflegewirtschaft, zu investieren, um das langfristige produktive Potenzial zu verbessern sowie den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu unterstützen, indem u.a. mit Arbeitnehmer-Pensionsfonds zusammengearbeitet wird, um dieses Ziel zu erreichen;
- entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um der Erosion der Steuerbasis entgegenzuwirken und die Steuersysteme zu reformieren, um eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage und eine progressivere Besteuerung zu erreichen. Dies sollte dadurch untermauert werden, dass von der Besteuerung der Arbeit zur Besteuerung umweltschädlicher und unproduktiver Aktivitäten übergegangen wird;
- Maßnahmen dadurch zu finanzieren, dass sichergestellt wird, dass durch Steueroasen keine Einnahmen verloren gehen, indem ein automatischer Informationsaustausch und eine länderbezogene Berichterstattung verbindlich gemacht und Maßnahmen unterstützt werden, um die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und die Gewinnverlagerung seitens multinationaler Unternehmen zu beenden;
- die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme zu sichern, und zu erhöhen und Programme zur Förderung des Erhalts und des Teilens von Arbeitsplätzen durchzuführen, bis wieder für Beschäftigungswachstum gesorgt ist;
- die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auszuweiten, um mehr Ausbildungs- und Schulungsprogramme zu sichern und eine „Arbeitsplatzgarantie“ für junge Menschen einzuführen;
- der Anstieg der Einkommensungleichheit durch die Stärkung von Tarifprozessen umzukehren und solide Mindestlöhne als Bestandteil einer kohärenten Arbeitsmarktpolitik zur Erreichung eines integrativeren Wachstums festzulegen;
- sicherzustellen, dass Frauen von diesen politischen Maßnahmen profitieren, um eine weitere Zunahme geschlechtsspezifischer Beschäftigungs- und Einkommensdisparitäten zu verhindern;
- das Angebot erschwinglicher Finanzmittel für kleine und mittelständische Unternehmen zu verbessern, ihre Einbindung in globale Wertschöpfungsketten zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass sie ihren Beschäftigten menschenwürdige Arbeit bieten können;
- einen Aktionsplan zu entwickeln, um die Einführung eines globalen sozialen Basisschutzes zu unterstützen, wie bei früheren G20-Treffen vereinbart, und die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen über soziale Sicherheit zu fördern, um die Systeme der sozialen Sicherheit generell auszubauen;
- Beschäftigungsziele oder Indikatoren zur Verwendung im Rahmen des G20-Prozesses gegenseitiger Bewertungen für ein „starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ festzulegen;
- der G20-Task Force Beschäftigung ein ständiges Mandat für die regelmäßige Überwachung der Umsetzung früherer Vereinbarungen zu übertragen, angefangen mit der Umsetzung der Strategien zur Ausweitung der Jugendbeschäftigung und hochwertiger Ausbildungsprogramme von 2012.

8 Damit diese Maßnahmen greifen, ist es unerlässlich, dass die G20-Länder ihren politischen Willen hinsichtlich abgestimmter Maßnahmen zurückgewinnen. Die Schlussfolgerungen des gemeinsamen Ministertreffens sollten eine zentrale Komponente der Erklärung und des Aktionsplans der Staats- und Regierungschefs von St. Petersburg sein. Wir rufen dringend dazu auf, unter der australischen Präsidentschaft 2014 ein weiteres Treffen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu organisieren, um eine Bewertung der Umsetzung beschlossener Maßnahmen zu ermöglichen.

Arbeitsplätze schaffen und das Wachstum sowie das Vertrauen wiederherstellen

„Wir verpflichten uns, alle politischen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Nachfrage zu stärken, das weltweite Wachstum zu unterstützen und Vertrauen wiederherzustellen, kurz- und mittelfristige Risiken anzugehen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und Arbeitslosigkeit abzubauen...“

„Sollten sich die wirtschaftlichen Bedingungen noch einmal wesentlich verschlechtern, sind die Länder mit ausreichendem finanziellen Spielraum bereit, diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen zu koordinieren und umzusetzen, um die Binnennachfrage zu stützen, soweit angemessen. In vielen Ländern können höhere Investitionen in Bildung, Innovationen und Infrastruktur jetzt die Schaffung von Arbeitskräften unterstützen, während sie gleichzeitig die Produktivität steigern und künftige Wachstumsaussichten verbessern.“

ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER G20, LOS CABOS, JUNI 2012

9 Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich während des Jahres 2012 erneut abgeschwächt und wird vermutlich auch in den kommenden beiden Jahren verhalten bleiben. Seit September 2011 hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine globalen Wachstumsprognosen sechs Mal hintereinander nach unten korrigiert. Der für 2013 nunmehr auf 3,2% prognostizierte Zuwachs der globalen Wirtschaftsleistung musste gegenüber dem Jahresbeginn noch einmal nach unten korrigiert werden. Es wird prognostiziert, dass sich acht Länder der Eurozone während des gesamten Jahres 2013 weiterhin in einer Rezession befinden werden. Die Wachstumsaussichten insgesamt werden nicht ausreichen, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den meisten G20-Ländern und darüber hinaus zu verhindern. Der OECD-Wirtschaftsausblick 2013 geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit während des Jahres 2013 in der gesamten OECD auf 8,1% ansteigen wird. Das reale BIP-Wachstum im OECD-Raum wird angesichts der anhaltenden Rezession in der Eurozone (-0,6%) Prognosen zufolge auf 1,2% zurückgehen. Diese Daten und das Eingeständnis des IWF, beim griechischen Konsolidierungspaket Fehler gemacht zu haben, machen deutlich, dass das Beharren auf Sparmaßnahmen nicht zu einem „selbsttragenden Wachstum“ führt oder das Vertrauen der Investoren und Verbraucher wiederherstellt.

10 Angesichts dieser düsteren Wirtschaftsaussichten müssen die G20-Regierungen ihren in Los Cabos gemachten Zusagen gerecht werden und Maßnahmen ergreifen, um die Binnennachfrage zu stützen, u.a. durch Investitionen in Bildung, Innovationen und Infrastruktur. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen den Übergang zu einer „grünen Wirtschaft“ sicherstellen, da sie neue Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, wenn Qualifikationen auf die neuen strukturellen Bedingungen zugeschnitten sind. Derartige Möglichkeiten bieten sich in einer Reihe von Sektoren, darunter Stromerzeugung, Energieeffizienz und Nachrüstung, im öffentlichen Personenverkehr und der ländlichen Entwicklung. Politische Maßnahmen, die ein grünes, nachhaltiges und integratives Wachstum fördern, würden das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Politik und die wirtschaftliche Zukunft wiederherstellen.

11 Das bedeutet, dass die Regierungen der einzelnen Länder in der Lage sein müssen, hochwertige öffentliche Maßnahmen zu ergreifen und die für eine produktive und wachsende Wirtschaft erforderlichen Leistungen zu erbringen. Die Wiederherstellung des Vertrauens in den Staat setzt, insbesondere angesichts von Reformen, voraus, dass der Gesellschaftsvertrag gestärkt und nicht geschwächt wird. Wenn gewährleistet ist, dass öffentliche Leistungen erbracht werden und eine soziale Infrastruktur (öffentliche Verwaltung, solide Rechtsordnung, Gesundheits- und Bildungswesen sowie andere wesentliche Dienste) vorhanden ist, trägt dies dazu bei, das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherzustellen.

12 Angesichts dieser Situation fordert die L20 die Minister auf, sich im Rahmen eines G20-Beschäftigungspaktes auf eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Nachfrage sowie zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur zu verständigen. Sie sollten:

- den finanzpolitischen Schwerpunkt statt auf Sparmaßnahmen auf die Förderung der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze legen und Haushaltsungleichgewichte durch mittelfristige Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen beheben;
- entschiedene Maßnahmen ergreifen, um der Erosion der Steuerbasis entgegenzuwirken, sich zum automatischen Informationsaustausch zwischen den innerstaatlichen Steuerbehörden verpflichten und für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer eintreten;
- Investitionen in die Infrastruktur erhöhen und Projekten Priorität einräumen, die Wachstum und Beschäftigung fördern, einschließlich „grüner“ Investitionen und Jobs im Rahmen grüner Wirtschafts- und nachhaltiger Entwicklungsstrategien auf nationaler Ebene;
- mit Arbeitnehmer-Pensionsfonds zusammenarbeiten, um Finanzmittel für langfristige nachhaltige Investitionen aufzubringen und die Rechenschaftspflicht, die Berichterstattung und die Transparenz in der gesamten Investitionskette zu verbessern;
- hochwertige öffentliche Dienstleistungen in der Pflegewirtschaft fördern, wie etwa Kinderbetreuung und Dienstleistungen für ältere und kranke Menschen, um Ungleichheit und unbezahlte Arbeit zu verringern, Arbeitsplätze zu schaffen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu fördern und prekäre Tätigkeiten zu reduzieren;
- in das öffentliche Bildungswesen, lebenslanges Lernen und Innovationen investieren, um die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu unterstützen;
- sich zu einer Vereinbarung über die Prinzipien der grünen Wirtschaft verpflichten, die folgende Aspekte beinhalten müssen: Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, menschenwürdige Arbeit einschließlich Gewerkschaftsrechten, Demokratie und einen gerechten Übergang für die Beschäftigten.

Ausbau aktiver Arbeitsmarktprogramme und Maßnahmen für die Jugend

„Verbesserung beschäftigungspolitischer Maßnahmen, vor allem für junge Menschen und die schutzbedürftigsten Gruppen: Die Förderung eines reibungslosen Übergangs von Bildungs-, Ausbildungs- und Lernangeboten zu einer menschenwürdigen Arbeit ist uns ein gemeinsames Anliegen.“

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES G20-ARBEITSMINISTERTREFFENS, PARIS, SEPTEMBER 2011

13 Die G20-Regierungen müssen aus den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die dem Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem Beginn der Krise wirksam entgegengewirkt haben, lernen. Beschäftigte in Arbeit oder in einem Ausbildungsverhältnis verursachen geringere wirtschaftliche bzw. soziale Kosten als wenn sie arbeitslos werden oder aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Da die Langzeitarbeitslosigkeit mit der Dauer der Krise zunimmt, besteht die Gefahr verheerender langfristiger wirtschaftlicher und sozialer Schäden.

14 Bei früheren G20-Arbeitsministertreffen wurde der Wert einer zwischen Firmen und Gewerkschaften vereinbarten und mit staatlichen Mitteln geförderten Arbeitsplatzteilung oder Kurzarbeit erkannt. Diese Programme haben sich am effektivsten erwiesen, wenn sie mit der Ausweitung der Ausbildungsmöglichkeiten verbunden wurden, die wiederum eine kontinuierliche Reinvestition in die Qualifikationen der

Erwerbsbevölkerung gewährleistet. Untersuchungen der IAO und der OECD haben gezeigt, dass zielgerichtete Ausgaben in aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprogramme die Beschäftigung mittelfristig erhöhen können. Angesichts staatlicher Ausgabenkürzungen werden derartige Programme jedoch in einigen G20-Ländern zurückgeschraubt oder eingeschränkt, obwohl sie eigentlich ausgeweitet werden sollten. In mehreren G20-Schwellenländern sind aktive Beschäftigungsprogramme höchst effizient gewesen, vor allem diejenigen im ländlichen Bereich.

15 Die dringende Notwendigkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wird im Falle der Jugend besonders deutlich. Die G20-Task Force Beschäftigung hat 2012 ausführliche Empfehlungen zur Jugendbeschäftigung abgegeben. Jetzt müssen die G20-Regierungen mit Maßnahmen nachziehen, da sie sich alarmierenden Jugendarbeitslosenquoten gegenübersehen, die in vielen Fällen doppelt so hoch sind wie die der Erwachsenen. Junge Menschen sind häufig dazu gezwungen, prekäre oder informelle Tätigkeiten zu akzeptieren. Der OECD-Jugendaktionsplan „*Giving Youth a Better Start*“ ist ein wichtiger Ausgangspunkt. Die L20 ist zur Zusammenarbeit mit den Regierungen und der Wirtschaft bereit, um dieser Herausforderung zu begegnen, angefangen mit der Umsetzung der L20/B20-Ausbildungsinitiative.

16 Die L20 fordert die Finanz- und Arbeitsminister auf:

- die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme auszuweiten und falls erforderlich Kurzarbeitsprogramme als Alternative zur Arbeitslosigkeit zu fördern;
- im Rahmen des G20-Jugendbeschäftigungspaktes sicherzustellen, dass junge Menschen nach Beendigung der Schule eine hochwertige Beschäftigung bzw. einen hochwertigen Ausbildungsplatz erhalten;
- weiter in die berufliche Bildung und Ausbildung zu investieren;
- mit den Sozialpartnern zusammenzuarbeiten, um innerstaatliche Zusagen in Bezug auf Ausbildungs- und hochwertige Praktikumsprogramme zu erhalten und dafür zu sorgen, dass junge Beschäftigte gerecht vergütet werden und im Falle von Arbeitslosigkeit angemessene Unterstützung erhalten;
- die Einbeziehung der Gewerkschaften und der Sozialpartner in die Konzipierung und Umsetzung ausbildungspolitischer Maßnahmen zu fördern, einen Anspruch auf betriebliche Fortbildung für die Beschäftigten einzuführen, um für berufliche Mobilität zu sorgen, und im Hinblick auf Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Ausbildung und Innovationen mit anderen Ministerien zusammenzuarbeiten.

Für ein integratives Wachstum sorgen und Ungleichheiten abbauen

„Bereits vor dem Ausbruch der aktuellen Krise hatten eine Reihe von Ländern sich verschlechternde oder stagnierende Lohn- und Beschäftigungsbedingungen sowie zunehmende Einkommensunterschiede zu verzeichnen. In solchen Fällen könnte es notwendig sein, Maßnahmen wie eine Mindestlohnpolitik und verbesserte Institutionen für den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen auszuweiten.“

EMPFEHLUNGEN DER G20-ARBEITSMINISTER AN DIE STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS, WASHINGTON, APRIL 2010

„Wir verpflichten uns, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Hindernisse für die uneingeschränkte wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Frauen zu überwinden und die wirtschaftlichen Chancen für Frauen in den Volkswirtschaften der G20 zu erweitern. Wir bringen ferner unsere feste Entschlossenheit zum Ausdruck, die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen zu fördern, darunter beim Erwerb von beruflichen Fähigkeiten, bei Löhnen und Gehältern, der Behandlung am Arbeitsplatz und der Fürsorgepflichten.“

ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER G20, LOS CABOS, JUNI 2012

17 Die Regierungen müssen ihre strukturpolitischen Empfehlungen überprüfen, um der zunehmenden Einkommensungleichheit durch den Übergang zu einem integrativeren Wachstumsmodell, das Arbeitsmarktinstitutionen wie Tarifverhandlungen und Lohnuntergrenzen stärkt, Einhalt zu gebieten. Öffentliche Dienst- und Transferleistungen sowie solide Mindestlöhne haben ihren stabilisierenden Einfluss auf die Nachfrage in den Krisenjahren unter Beweis gestellt. Sie sind längerfristig erforderlich, um für ein integrativeres Wachstum zu sorgen. Die G20 sollte diese Maßnahmen begrüßen und darauf drängen, dass menschenwürdige Arbeit, soziale Gerechtigkeit, hochwertige öffentliche Dienstleistungen, Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte sowie Gleichstellung als Prinzipien in die Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 aufgenommen werden.

18 Trotz gegenteiliger Beweise drängen einige G20-Regierungen neben Sparmaßnahmen weiterhin auf die „Flexibilisierung“, sprich Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Strukturreformen haben häufig Angriffe auf Löhne, Tarifverhandlungsstrukturen, den Arbeitsmarkt, Gewerkschaftsrechte, und den Ausverkauf öffentlicher Vermögenswerte verschleiert. Derartige „Reformen“ schaden langfristig dem wirtschaftlichen und sozialen Gefüge, verstärken die bereits zunehmenden Ungleichheiten weiter und schränken den Spielraum für künftige öffentliche Maßnahmen dadurch ein, dass die Leistungserbringung an den privaten Sektor abgetreten wird. Öffentliche Ausgabenkürzungen haben zudem unverhältnismäßig große Auswirkungen auf Frauen; sie erhöhen ihre Pflegebelastung und schränken ihre Teilnahme am formellen Erwerbsleben ein. Darüber hinaus führen Sparmaßnahmen zu einem Verlust an wirtschaftlichem und öffentlichem Vertrauen, was sich in einer unzureichenden Gesamtnachfrage und Investitionsvolumen widerspiegelt. Dies wird durch einen rapide zunehmenden Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst, die traditionell als Anker für die Verbraucherausgaben in einer Rezession fungiert haben, weiter verschärft. Ferner haben informelle und prekäre Tätigkeiten in beispiellosem Umfang zugenommen. Generell lässt sich daher feststellen, dass derartige Spar- und Flexibilisierungsmaßnahmen weder für nachhaltiges Wachstum noch für eine langfristige Haushaltskonsolidierung sorgen werden.

19 Die globale Nachfrage und die wirtschaftliche Erholung werden durch die zunehmende Einkommensungleichheit und den Vertrauensverlust sowohl seitens der Verbraucher als auch der Investoren gebremst. Die G20 muss eine Führungsrolle übernehmen, um einen politischen Richtungswechsel zu vollziehen, der darauf abzielt:

- die Arbeitsmarktinstitutionen zu stärken und eine wirksame Lohnbildung zu fördern;
- produktive Investitionen zu erhöhen und die globale Gesamtnachfrage wiederherzustellen;
- den sozialen Zusammenhalt zu stärken;
- in öffentliche Dienstleistungen, die die Umverteilung des Wohlstands verbessern, ebenso wie in das öffentliche Bildungswesen zu investieren, damit Qualifizierungsmaßnahmen den individuellen wirtschaftlichen Wohlstand untermauern können;
- die Arbeitsmarktpolitik zu verbessern, vor allem für schwache Gruppen;
- die Gleichstellung zu fördern und sicherzustellen, dass die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bei der Beschäftigung nicht größer werden, mittels systematischer Bewertungen der geschlechtsspezifischen Auswirkungen als Leitfaden für politische Optionen.

20 Bei der Bekämpfung der Ungleichheit und der katastrophalen Arbeitsmarktbedingungen müssen die Arbeits- und Finanzminister der G20 nach Ansicht der L20 für kohärente wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auf nationaler und globaler Ebene sorgen, in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und internationalen Organisationen, um menschenwürdige Arbeit und eine nachhaltige Nachfrage zu fördern, indem:

- Maßnahmen ergriffen werden, um prekären Tätigkeiten, Schwarz- und Leiharbeit, Einhaltung zu gebieten, indem der soziale Schutz ausgeweitet und in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen investiert wird, so dass die Beschäftigten weiter am Erwerbsleben teilnehmen können;
- für gut konzipierte Mindestlöhne gesorgt und eine Abwärtsspirale sinkender Einkommen und Preise verhindert wird;
- für eine bessere Einhaltung der internationalen Arbeitsnormen der IAO, sowie die Ratifizierung und Umsetzung der Kernübereinkommen der IAO gesorgt wird;
- durch einen verbesserten Tarifprozess und sozialen Dialog die Integration gefördert wird;
- positive Aktionen durchgeführt und bessere gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen;
- das Steuersystem reformiert wird, um sowohl für Progression als auch für Durchsetzbarkeit zu sorgen.

Gute Arbeitsplätze in kleinen und mittelständischen Unternehmen schaffen

„Wir sind der Verbesserung der Maßnahmen zur Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen verpflichtet, vor allem mit Blick auf die Formalisierung ihrer Beschäftigten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.“

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES G20-ARBEITSMINISTERTREFFENS, PARIS, SEPTEMBER 2011

21 Die G20 hat auf die Bedeutung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) für die Schaffung von Arbeitsplätzen hingewiesen. Der Ausbau der Wachstumskapazitäten kleinerer Unternehmen und deren Potenzials, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, sollte Teil eines G20-Beschäftigungspaktes sein. Ein unmittelbares Problem ist die Knappheit der Mittel für KMU infolge der Bankenkrise. Regierungen müssen sich mit den Banken auf Kreditvergabeziele und die Ausweitung der Kredite für KMU verständigen. Dies kann durch Maßnahmen zugunsten von Kreditbürgschaften und -programmen untermauert werden, um es KMU zu ermöglichen, ihr Exportpotenzial auszubauen und von globalen Wertschöpfungsketten zu profitieren. Gegenwärtig führt die Marktmacht weniger internationaler Käufer allzu häufig nicht nur zu schrumpfenden Gewinnspannen, sondern auch zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechtsverletzungen. KMU werden zudem durch Steuersysteme benachteiligt, die es multinationalen Unternehmen ermöglichen, Steuern zu umgehen, die sie zahlen müssen.

22 Regierungen sollten integrierte Maßnahmen ergreifen, um:

- sicherzustellen, dass genügend finanzielle Mittel für die Expansion von KMU zur Verfügung stehen;
- Geschäftsmodelle zu fördern, die die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze ermöglichen, indem Genossenschaften und Unternehmensnetze unterstützt werden;
- zu gewährleisten, dass keine Wettbewerbsnachteile für KMU entstehen, indem sichergestellt wird, dass multinationale Unternehmen Steuern zu Effektivsätzen in angemessener und vergleichbarer Höhe zahlen;
- die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmerrechte in der gesamten Lieferkette zu garantieren und dafür zu sorgen, dass multinationale Konzerne und Markenunternehmen ihrer Sorgfaltspflicht sowohl hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte als auch bezüglich ihre Preispolitik gerecht werden, um die Schaffung menschenwürdiger Arbeit zu ermöglichen;
- dafür zu sorgen, dass eine Initiative im großen Umfang ergriffen wird, damit Arbeitsplätze und Aktivitäten außerhalb des formellen Sektors umgewandelt werden.

Frühere Zusagen einhalten und Hoffnung wecken für die Zukunft

„Wir bekräftigen die Bedeutung von Kohärenz zwischen wachstums- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen sowie zwischen makroökonomischen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Wir empfehlen daher unseren Staats- und Regierungschefs, die Zusammenarbeit unter den Finanz- und Arbeitsministern der G20 hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Wachstum und Beschäftigung auszubauen.“

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES G20-ARBEITSMINISTERTREFFENS, GUADALAJARA, MAI 2012

23 Um das Vertrauen der Bevölkerung in den G20-Prozess wiederherzustellen, müssen die Regierungen der G20 zeigen, dass sie über ein kohärentes Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen auf internationaler Ebene verfügen, um die sozialen und beschäftigungsrelevanten Auswirkungen dieser globalen Krise in den Griff zu bekommen. Das gemeinsame Treffen der Arbeits- und Finanzminister bietet dafür eine gute Gelegenheit. Die Regierungen müssen ihre früheren und künftigen Zusagen dabei unbedingt einhalten. Es ist begrüßenswert, dass die Task Force Beschäftigung Berichte über die von den G20-Regierungen ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung früherer Zusagen erhalten hat. Die Task Force Beschäftigung sollte eine Überprüfung der Durchführung von Beschlüssen vornehmen, angefangen mit den Jugendbeschäftigungsstrategien von 2012. Die Task Force sollte in Zusammenarbeit mit der G20-Arbeitsgruppe Entwicklung einen Aktionsplan vorlegen, um Empfehlungen für die Entwicklung und Finanzierung eines globalen sozialen Basisschutzes umzusetzen. Die Task Force sollte zudem klare Beschäftigungsziele und Indikatoren festlegen, und die für das Rahmenwerk zuständige Arbeitsgruppe der G20-Finanzminister sollte diese in den Prozess gegenseitiger Bewertungen für ein „starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ integrieren.

24 Vor diesem Hintergrund sollte die G20:

- das Mandat der Task Force Beschäftigung verlängern und sie beauftragen, einen Überprüfungsprozess festzulegen, um die Umsetzung der G20-Aktionspläne für Beschäftigung und der Beschlüsse der Ministertreffen zu überwachen;
- sich zur Umsetzung der Berichte der G20-Task Force über Jugendbeschäftigung und hochwertige Ausbildungsprogramme verpflichten;
- die B20/L20-Initiative zur Ausweitung hochwertiger Ausbildungsprogramme unterstützen;
- den sozialen Dialog und die Konsultationen der G20 auf nationaler und internationaler Ebene ausweiten, um eine wirksame Umsetzung der politischen Zusagen zu gewährleisten;
- die Präsenz der Sozialpartner beim Gipfel in St. Petersburg zusichern, damit sie über die Empfehlungen und die Maßnahmen der L20 und der B20 berichten können.

25 Die L20 ruft die Finanz- und die Arbeitsminister auf, bei ihrem ersten gemeinsamen Treffen die Gelegenheit zu nutzen und sich noch nachdrücklicher um die Intensivierung ihrer Zusammenarbeit zu bemühen. Die Wirtschafts- und die Finanzkrise sowie die soziale Krise sind eng miteinander verknüpft und gehen auf systemische Ungleichheiten und Ungleichgewichte zurück, die nur mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen bewältigt werden können. Das gemeinsame Treffen ist ein Schritt in diese Richtung. Es sollte keine einmalige Veranstaltung sein, sondern zu einem wichtigen Bestandteil der australischen G20-Präsidentschaft im Jahr 2014 werden.

L20-GEWERKSCHAFTS- ERKLÄRUNG ANLASSLICH DES GEMEINSAMEN FINANZ- UND ARBEITSMINISTER- TREFFENS DER G20

MOSKAU, RUSSISCHE FÖDERATION
18. UND 19. JULI 2013



Global Unions

www.global-unions.org



BWI

www.bwint.org



EI

www.ei-ie.org



IAEA

www.iaea-globalunion.org



IFJ

www.ifj.org



IndustriALL

www.industrialunion.org



ITF

www.itf.org.uk



ITUC

www.ituc-csi.org



IUF

www.iuf.org



PSI

www.world-psi.org



TUAC

www.tuac.org



UNI

www.uniglobalunion.org

